Nr. 41a
XXXI. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
24. Januar 1902

Parlaments-Ausgabe

Haus der Abgeordneten.

11. Sitzung vom 23. Januar, 11 Uhr.

(Fortsetzung aus der Abend-Ausgabe.)

Abg. **v. Wentzel** (kons.):

Wenn die Domänenpachten so stiegen, so lag das eben in der Steigerung der landwirthschaftlichen Technik und Intensität. Die Preise für Getreide sind gefallen. Wenn die für Vieh etwas besser sind, so sind die Herren der Linken wirklich nicht daran schuld. (Sehr richtig! rechts.) Die Ausführungen des Abg. Hirsch sind in allen Punkten hinfällig.

Abg. Dr. **Crüger** (fr. Vp.):

Die Bedeutung der Landwirthschaft haben wir nie verkannt. Wir gehen nur aus einander in der Beurtheilung der gegenwärtigen Noth der Landwirthschaft und der Wege, ihr abzuhelfen. Wir erkennen nicht eine Noth der Landwirthschaft, sondern nur von einzelnen Landwirthen an, und wir haben doch auch viele Landwirthe in unseren Reihen. Der Landwirthschaftsminister stellte hier wunderliche wirthschaftliche Behauptungen auf. Daß es sich beim Zolltarif um eine Steigerung der Besitzrente handele, hat eine Reihe von Nationalökonomen von Fach klar dargelegt, z. B. Staatsminister a. D. Professor Dr. Schäffle. Herr v. Podbielski behauptete weiter, die Landwirthe ständen schlechter als die Arbeiter. Wenn Ihnen (nach rechts) hier die Wahl gestellt würde, weiter Grundbesitzer zu bleiben oder Arbeiter auf Ihren Gütern zu werden, ich glaube, Sie alle zögen es vor, Landwirth zu bleiben. (Heiterkeit.) Gewiß werden einige Besitzer ihr Gut wegen zu hoher Hypotheken nicht los. Aber auch mancher Fabrikbesitzer würde gern lieber Rentier, wenn er nur seine Fabrik los würde. Ein weiterer nationalökonomischer Grundsatz hat mich überrascht, nämlich: Bei steigender Tendenz mehren sich die Konkurse der Landwirthschaft. Nun will der Zolltarif die Tendenz steigern. Wenn **wir diesen** ablehnen, sind wir **also die eigentlichen** Beschützer der Landwirthschaft, wir bringen ihren Konkursen vor. (Sehr gut!) Der Minister bezeichnete die Zölle auf Brodgetreide nur als einen vorübergehenden Nothbehelf. Folgen ihm dabei die Herren Konservativen? Wir werden ihm gern unsere Unterstützung auf diesem Wege leihen. (Heiterkeit.) Es ist ein unlösbarer Widerspruch, die ausländischen Märkte unseren landwirthschaftlichen Erzeugnissen erschließen zu wollen und den fremden gleichen Produkten gleichen Ursprungs die Grenze zu verschließen. Sieht man die Statistik durch, so kommt man auch zu dem Schluß des Abgeordneten Ehlers; er hat allerdings die „Noth der Landwirthschaft" zugegeben, wohl nur um des lieben Friedens willen; er wird ihn aber dadurch sich doch nicht erkaufen. Ich empfehle, die Statistik weiter darauf auszudehnen, wie die Nothlage der Landwirthe zu Stande gekommen ist. Dazu gehört eine gute Buchführung, dazu gehört eine Trennung der Haushaltsausgaben von den Betriebskosten. Man muß untersuchen, ob man nicht zu den Betriebskosten die vielleicht hohen Kosten des Haushaltes rechnet. (Unruhe.) Von diesem Zolltarif hat nur der Besitzer des Grund und Bodens, nicht Der, der ihn bebaut, einen Nutzen. (Unruhe.) Sie sagen, Sie müssen die Arbeiter besser bezahlen; deshalb ist der Tarif nöthig. Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Warum sollte der ostelbische Grundbesitzer mehr Lohn bezahlen, als er muß? Mit der Ansiedelung der Arbeiter sollte man einen Anfang machen. (Heiterkeit. Schluß!) Wenn ich fertig bin! Mit höheren Lebensmittelpreisen ist verbunden eine größere Sterblichkeit; eine höhere Kriminalität. Blüht Handel und Wandel, dann blühen die kleinen Städte, dann blüht die Landwirthschaft auf, wie wir es seit den Handelsverträgen beobachten können. Wenn Sie uns aber in einen Zollkrieg treiben, so ist es damit vorbei. Und sperrt Rußland blos seine Grenzen für die sogenannten Preußengänger, deren Sie im Osten so bedürfen, so haben Sie sich zum Theil selbst ruinirt. Ueber der Taube auf dem Dache verscherzen Sie den Sperling in der Hand. (Unruhe.) Was thun Sie für die Hebung Ihrer Leute? In ganz Ostpreußen giebt es nur 13 ländliche Fortbildungsschulen, in Westpreußen 28, in Brandenburg gar keine, dem gegenüber in Schleswig-Holstein 88, Hannover 170, Hessen-Nassau 328, in der Rheinprovinz 242! (Hört! links.) Gründen Sie Fortbildungsschulen, und Sie thun damit weit mehr für die Landwirthschaft als mit dem Zolltarif! (Lebhaftes Zischen rechts. Beifall links. Unruhe.)

Minister **v. Podbielski**:

Dem Reichstag ist eine Statistik über die Verhältnisse der Landwirthschaft vorgelegt; ihre Richtigkeit wurde bezweifelt. In der Budgetkommission wurde deshalb von mir eine Statistik gefordert. Nun lege ich eine solche Statistik in den Nachweisungen über die Domänen vor, und zwar über 32 Jahre, ganz unanfechtbar. Das ist Ihnen unbequem. (Oh! links.) Deshalb sagen Sie, die gilt nicht, reicht nicht, sie muß bis 1820 ausgedehnt werden. Ich will Ihnen gern die Zahlen bis 1866, so lange wir preußische Etats haben, heraussuchen lassen. Aber ist das wirklich so viel beweisender? Sie sagen, Grundrente und Pacht steigen mit den erhöhten Zöllen. Ja, wo denn? (Sehr gut!) Wir haben doch höhere Zölle gehabt. Wo blieben denn die erhöhten Renten? (Sehr gut! rechts, Lärmen links.) Höhere Lebensmittelpreise und höhere Zölle sollen eine höhere Sterblichkeit hervorrufen? (Sehr richtig! links.) Nicht sehr richtig! Ist denn wirklich die Sterblichkeit in Potsdam, Breslau und so weiter, die die Schlacht- und Mahlsteuer haben, höher gewesen? (Lärm links, Sehr gut! rechts.) Ist die Sterblichkeit in Rußland mit seinen niedrigeren Nahrungsmittelpreisen geringer? (Erneuter Lärm links. Sehr gut! rechts.) Man solle wirklich solche Sätze nicht heranziehen! (Lebhafter Beifall rechts.) Sinkende Arbeitsgelegenheit und höhere Preise wirken allerdings auf die Bevölkerung ein. Man solle doch die nationalen Gesichtspunkte nicht ganz bei Seite schieben und erst fragen: Was wird aus der deutschen Landwirthschaft werden, wenn Rußland die Grenzen für die Arbeiter sperrt? (Oho! links. Sehr richtig! rechts.) Wir wollen doch Jeden, der im deutschen Erwerbsleben steht, gegen das Ausland stützen. (Lebhafter Beifall.) Die Fortbildungsschulen! Gewiß, die Männer der Wissenschaft wissen mehr als die Leute der Praxis, und ich bescheide mich gern. (Heiterkeit.) Aber die viel gelernt, wissen noch nicht immer in der Praxis Bescheid. (Sehr richtig!) Ich bin aber der Erste, der es mitbeklagt, daß wir so wenig Fortbildungsschulen haben; ich bin dafür, daß wir die Landwirthe tüchtig unterweisen. (Beifall.) Aber vergessen Sie auch nicht, wie viele Millionen das Handelsministerium für die Fortbildungsschulen auswirft, und daß die anderen Provinzen auf Selbsthilfe standen! Wir werden aber gern Summen dafür fordern. (Sehr richtig!) Sie sollen in mir einen Minister finden, der gern auf die Unterstützung solcher Männer rechnet. (Große Heiterkeit.) Ich habe erklärt und wiederhole es: Der Landwirthschaft geht es schlecht, und wir müssen alles für sie thun; die deutsche und die preußische Landwirthschaft ist zur Zeit nicht in der Lage, die Konkurrenz gegen das Ausland aufzunehmen. Darum bedarf sie eines Schutzes. (Sehr richtig!) Ich habe nur hinzugefügt, „auf die Dauer" wünsche ich nicht, daß der schutzbedürftige Zustand bliebe. (Unruhe.) Wir wollen nur diese Zölle nicht als noli me tangere ansehen. Mir sind tausend Landwirthe bekannt, denen es schlechter als den Arbeitern der benachbarten Fabrik geht. Ich freue mich aber darüber, daß diese Leute trotzdem an ihrer Scholle festhalten (Unruhe) und nicht zu den Heimathlosen übergehen. (Beifall.) Diese Anhänglichkeit an die Scholle, die Heimath müssen wir steigern. Das ist die gesunde Bevölkerung und nicht die fluktuirende, die Ihnen heute Hosianna singt und morgen Ihnen Steine nachwirft. (Große Unruhe links. Stürmischer Beifall rechts.) Ich bin für das Ressort verantwortlich. Ich muß sagen, daß die Städter die ländlichen Verhältnisse wenig kennen, daß sie sie häufig durch eine etwas blau angelaufene städtische Brille ansehen. (Lebhafter Beifall rechts.) Daß unsere Landwirthschaft wieder grünen und blühen möge, das ist mein Bestreben. (Anhaltender Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Friedberg** (natl.):

Gewiß muß man die individuellen Verhältnisse berücksichtigen, aber es liegt ja gerade im Begriff der Statistik, daß man durch ein Zusammenfassen einer großen Masse von Fällen diese individuellen Verhältnisse ausgleicht und so zu einem einwandsfreien Resultat kommt. — Aus der Statistik läßt sich der Schluß ziehen, daß in der Hauptsache der Rückgang der Preise der landwirthschaftlichen Produkte den Rückgang der Pachtverträge verursacht hat. Bei den Domänen handelt es sich jedoch nicht um große Güter; ich habe schon in der Budgetkommission betont, daß es sich bei der Frage, an Stelle der großen Grundbesitze kleine und mittlere Grundbesitze treten zu lassen, um keine Frage des Willens handelt, sondern daß hierbei die Verhältnisse des Landes entscheiden. Im Osten ist der Großgrundbesitz vorherrschend, dort ist der extensive Betrieb die einzig mögliche Form. Ich wundere mich, daß der Abg. Hirsch zu dem Schluß kommt, daß alle Bestrebungen, der Landwirthschaft durch höhere Zölle zu helfen, nur bedeuten würden die Hebung der Bodenrente durch Abwälzung auf die Arbeiter. Die ganze Frage, um die es sich hier handelt, liegt so: Wie vertheilt sich das Nationaleinkommen? Da kann man sogar sagen: Es vertheilt sich am besten, wenn Alle, die daran mitwirken, ihre Existenz behaupten können. Liegen die Verhältnisse so, daß die Landwirthschaft bei den heutigen Preisen nicht bestehen kann? Und dann: Haben die Gesammtkonsumenten einen wesentlichen Nachtheil davon, wenn die Preise der landwirthschaftlichen Produkte durch künstliche Maßnahmen gesteigert werden? Was die erste Frage betrifft, so sind die meisten Landwirthe heute nicht mehr in der Lage, so viel herauszuwirthschaften, wie sie herauswirthschaften müssen, wenn sie ihre Existenz behaupten wollen. Die zweite Frage kann ich dahin beantworten, daß bei einer Erhöhung der Getreidepreise die Konsumenten nur den Vortheil verlieren, den sie jetzt haben, wo die Preise außerordentlich niedrig sind. Dem Wort: Vertheuerung der nothwendigen Lebensmittel kann man mit Recht das Wort entgegenstellen, daß niemals der Konsument ein Recht darauf hat, seine Produkte zu einem Preise zu beziehen, der die Produktionskosten nicht deckt. Die Erklärung des Ministers, daß die Zollerhöhung nur eine vorübergehende sei, hat doch wohl Niemanden überrascht. Wir alle betrachten die Auferlegung von Lebensmittelzöllen nur als eine traurige Nothwendigkeit, denn eine solche Maßnahme ist immer Angriffen ausgesetzt; es wird immer Kreise geben, die darin einen erwünschten Agitationsstoff finden. Herr Dr. Crüger hat am Schluß seiner Rede der Landwirthschaft einen guten Rathschlag gegeben. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß die Ausbildung unserer Landwirthe sich derart vervollkommnet hat, daß es mir gewagt erscheinen würde, gelernten Landwirthen Rathschläge zu ertheilen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Barth** (fr. Vg.):

Der Landwirthschaftsminister hat unserer Argumentation in die Hand gearbeitet. Künstliche Preissteigerungen können doch die Produktionsbedingungen nur erschweren. In Amerika (in Argentinien) hat eben der Landwirth es dadurch besser, daß dort der Grund und Boden billiger ist. Den wollen Sie nun wieder steigern! Sie sind die Vertreter des großen landwirthschaftlichen Kapitales, wir wollen gegen diesen Kapitalismus die Vertreter der landwirthschaftlichen Produktion schützen. (Heiterkeit.) Jawohl, meine Herren! (Lachen rechts.) Sie (nach rechts) haben freilich hohe Autoritäten. Herr Rubland ist ja eine weit größere Autorität als Brentano, und Herr Rubland stützt sich auf den berühmten Mann aus der Praxis, Herrn Phillips in Chicago, den Haussspekulanten, bis er eben Pleite machte. Die Enquete über die landwirthschaftliche Rentabilität, die seinerzeit vorgelegt wurde, ist keinen Schuß Pulver werth. Eine wirkliche zuverlässige Enquete muß im kontradiktorischen Verfahren festgestellt werden. (Beifall.)

Minister **v. Podbielski**:

Leicht ist es, mit dem Theoretiker aus dem Ziehbrunnen der Wissenschaft zu schöpfen. Ich glaube allerdings nicht, daß er der Schöpfer ist. Er meint offenbar eine ganz andere Statistik als ich. Ich meine die Statistik, die ich hier in der Budgetkommission vorlegte, nicht alle Kamellen. Wo steigen denn die Grundbreise allgemein? Aus sind jetzt 50,000 Hektar zum Preise von 40 Mark angeboten. Ist das nicht höchst betrübend? Ich habe immer die Empfindung, als wollten die Herren die Sache auf ein anderes Geleise schieben. (Sehr richtig!) Jetzt sprechen die Herren plötzlich vom Kapitalismus! (Heiterkeit.) Gewiß, es giebt reiche Leute, die sich den Luxus leisten, auch Rittergutsbesitzer zu sein. Die Regel ist das doch aber nicht. Die Summe des Grund und Bodens ist vom Vater auf den Sohn übergekommen. Ich will nicht wünschen, daß es Dr. Barth begegnet, daß er ein Gut erbt. (Heiterkeit.) Mit der Theorie würde er nicht weit kommen. (Sehr gut! rechts. Lachen links.) Ich will es Ihnen sagen, Sie hassen das platte Land, weil Sie Ihren politischen Einfluß darauf nicht ausüben können. (Lärm links. Zurufe.) Ich weiß nicht schon richtig auszudrücken. Das ist das entscheidende Moment. Es gilt noch immer den Kampf für Haus, Ihren und Altar. Ich danke Dr. Friedberg von Herzen, gerade weil er Dr. Barth als Mann der Wissenschaft entgegen trat. Die Herren sagen sonst: Jeder Arbeiter ist seines Lohnes werth. Was wollen sie aber jetzt? Sie wollen billiger einkaufen, als es zu produziren ist. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch und Unruhe links.) Was heißt das anders als Vorenthaltung des Lohnes? (Sehr richtig! rechts.) Wissen Sie nicht, daß im Osten der Lohn zum größten Theil in Produkten besteht? (Sehr richtig!) Der Zusammenhalt zwischen dem Landwirth und seinen Arbeitern ist weit enger als zwischen Fabrikbesitzer und Fabrikarbeiter. Dort leben die Leute zusammen, die Kinder wachsen zusammen auf, 50 Jahre stehen sie Schulter an Schulter; in der Stadt ist der Zusammenhang mit dem Verlassen der Fabrik gelöst. Mit der Theorie hat man noch nie einen Hund hinter dem Ofen hervorgelockt. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Herold** (Ctr.):

Die Linke flüchtet zur Wissenschaft. Sie weiß auch keine andere Hilfe, als sie Herr Brücke im Reichstage angab: erst muß der Landwirth eigenes Kapital haben, dann die andere Hälfte mitbringen! (Heiterkeit.) Damit mag's allerdings gehen. 755 deutsche Güter haben keinen Kapitalwerth mehr. Auf unserer Seite stehen ebenso viel große Männer der Wissenschaft wie auf Ihrer Seite. Geben Sie uns die Möglichkeit, intensiver zu arbeiten, dann werden wir auch mehr Leuten Arbeit geben! Wir wünschen, mit unseren Bestrebungen dem Wohl des Ganzen zu dienen. (Beifall.)

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Abg. Graf **Limburg**-Stirum (kons.):

Ich beantrage die Vertagung.

Abg. **Gothein** (fr. Vg.):

Ich bitte Sie, dieselbe abzulehnen. Ich bin der nächste Redner und würde heute kurz sprechen, morgen aber werde ich lange reden.

Die Vertagung wird beschlossen.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr: Fortsetzung der heutigen Berathung.

Schluß 4 Uhr.

Deutscher Reichstag

125. Sitzung vom 23. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf Posadowsky.

Eingegangen ist die Interpellation Graf Hompesch (Ctr.) betreffend **Aufhebung des Jesuitengesetzes.**

Die zweite Berathung des **Etats** wird fortgesetzt beim **Etat des Reichamts des Inneren,** Titel Staatssekretär.

Hierzu liegen folgende **Resolutionen** vor: 1. Die Abgg. Rösicke (wild-lib.) und Dr. Pachnicke (fr. Vg.) beantragen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldmöglichst einen Gesetzentwurf betreffend die Errichtung von **Arbeitsnachweisen** vorzulegen, durch welchen bestimmt wird, daß auf Antrag und nach Anhörung einer entsprechenden Anzahl betheiligter Arbeitgeber und Arbeitnehmer Gemeinden beziehungsweise weitere Kommunalverbände, insoweit innerhalb ihrer Bezirke kommunale oder gemeinnützige Arbeitsnachweise, welche den Vorschriften des zu erlassenden Gesetzes und den örtlichen Bedürfnissen entsprechen, nicht vorhanden sind, durch die Landescentralbehörde zur Errichtung und Unterhaltung solcher Arbeitsnachweise angehalten werden können; durch welchen ferner bestimmt wird, daß an der Verwaltung solcher Arbeitsnachweise Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl unter dem Vorsitz eines Unparteiischen zu betheiligen sind. 2. Die Abgg. Bassermann (natl.) und Genossen beantragen: Den Reichskanzler zu ersuchen, alljährlich eine Uebersicht vorzulegen über die **Arbeitsverhältnisse in den Betrieben des Reiches und in den Werkstätten der Heeresverwaltung,** insbesondere über die Zahl der beschäftigten Arbeiter, die von ihnen bezogenen Löhne, die Arbeitsdauer und die zu ihren Gunsten getroffenen Einrichtungen.

Abg. **Bassermann** (natl.):

Von den vielen **Wünschen auf dem sozialpolitischen Gebiete** ist namentlich die Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker und die Ordnung der gewerblichen Kinderarbeit wichtig; hierzu hat ja auch der Herr Staatssekretär Gesetzesvorlagen zugesagt. Bedauerlich ist, daß die Ausfüllung der Lücke zwischen der Kranken- und der Unfallversicherung, die die Zeit zwischen der 13. und 27. Woche nach dem Unfall umfaßt, ebenso wenig Aussicht auf baldige Erledigung hat wie die seit Jahren vom Freiherrn v. Stumm angeregte Fürsorge für Wittwen und Waisen der Arbeiter. Für die schon bewährten Proportionalwahlen zu Gewerbegerichten halten wir ein Regulativ für nöthig, und das Gleiche gilt für die Regelung der Verhältnisse von Angestellten und Lehrlingen in kaufmännischen Komoren und der Arbeitszeit der Kellner und Kellnerinnen. Wie steht es mit der Einführung der Mindestruhezeit im Binnenschifffahrtsgewerbe? Hoffentlich hat die Kommission für Arbeiterstatistik für die Regelung dieses Gegenstandes genügendes Material beigebracht. Die kaufmännischen Sonder- und Schiedsgerichte bedeuten an sich eine so einfache Frage, daß ich das Hinzielen ihrer Erledigung nicht verstehen kann. Hierzu liegt ja ein Initiativantrag vom mir vor, der die Angliederung dieser Gerichte an die Gewerbegerichte empfiehlt; schon dieser Antrag dürfte genügendes Material zur Berathung in der Kommission bieten. Nahe verwandt mit der Regelung der Arbeitsverhältnisse der kaufmännischen Gehilfen ist die der **Büreaugehilfen der Rechtsanwälte;** hoffentlich wird die neue Organisation der Behandlung der Arbeiterstatistik, die ja jetzt dem statistischen Amt angegliedert werden soll, Gelegenheit geben, auch diese Frage einer befriedigenden Erledigung zu bringen. Die Zahl der hier in Frage kommenden Personen wird auf die immerhin stattliche Höhe von 20,000 bis 30,000 geschätzt, und die Dringlichkeit der Besserung der Verhältnisse wird von den Arbeitgebern selbst, den Rechtsanwälten und Notaren, anerkannt. Auf die von mir beantragte Resolution betreffs Vorlegung von Uebersichten über die Arbeitsverhältnisse in den Reichswerkstätten wird bei anderer Gelegenheit besser eingegangen werden können. Unsere Resolution über die **Arbeitsnachweise** beschränkt sich auf das Nothwendigste. Die Kommunen sollen nur eingreifen, wenn keine anderen Arbeitsnachweise vorhanden sind. Ich halte dies für eine der wichtigsten Aufgaben der sozialen Gesetzgebung der nächsten Jahre. Besonders in der **Binnenschifffahrt** bestehen auf diesem Gebiete die größten Mißstände. Nur in Ruhrort bestehen bereits für die Binnenschifffahrt Arbeitsnachweise. In Handwerkskreisen führt man Beschwerde darüber, daß die Staatsanwaltschaft oft auf Grund des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb nicht entschieden genug vorgeht. Wir hatten es für nöthig, daß der Nachschub von Waaren bei Ausverkäufen verboten wird. Wir wollten dies schon mit dem Gesetz über den unlauteren Wettbewerb erreichen, leider hat aber das Reichsgericht entgegengesetzt entschieden. Nun sind die meisten Staatsanwälte sehr büreaukratisch und unterlassen es deshalb oft, einzuschreiten, wo dies unbedingt nöthig wäre. Der Verband deutscher Gewerbevereine hat am 16. Dezember 1901 in Hannover auch gesetzgeberische Maßnahmen auf diesem Gebiete verlangt. Für Handelssachen müssen Handwerker als Beisitzer zu den Kammern für Handelssachen herangezogen werden, wenn es sich um Streitigkeiten zwischen Handwerkern und Kaufleuten handelt. Ich komme noch mit einigen Worten zum **Frauenstudium.** Die preußische Regierung ist in dieser Frage etwas schwerfällig. Ich halte es für verkehrt, daß die Frauen erst mit 12 Jahren zum Besuch des Gymnasiums zugelassen werden. In Baden hat man schon den Versuch gemacht, Knaben und Mädchen auf dieselbe Schulbank zu setzen. Man hat damit gute Erfolge erzielt. Die Mädchen sind sogar meistens fleißiger gewesen als die Knaben. Ueber den Widerstand der Männerwelt wird unsere Zeit zur Tagesordnung übergehen, ebenso wie das ja bezüglich der Gleichberechtigung der Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen geschehen ist. Sehr wohlthätig wird es für die Frauenwelt sein, wenn unser Antrag angenommen und den Frauen die Bethätigung der sozialpolitischen Arbeiten ermöglicht wird. In Baden haben wir jetzt schon Frauen in der Schulkommission, warum sollen die anderen Bundesstaaten nicht dasselbe können? Man muß aber auch noch einen Schritt weiter gehen und den Frauen das Vereins- und Versammlungsrecht gewähren. Die **Auflösung des sozialwissenschaftlichen Studentenvereins** verurtheile auch ich. Herr Dr. Müller-Meiningen meinte, unser Antrag über die Zulassung der sozialpolitischen Mitarbeit der Frauen gehe nicht weit genug. So klug wie Herr Müller sind wir auch, wir sehen aber ein, daß ein Reichsvereinsgesetz gar keine Aussicht auf Einführung hat. Auch mein Freund v. Bennigsen hat unserm Antrage seine Zustimmung nicht versagt. Die soziale Frage können wir nicht lösen, es werden sich immer erneute Schwierigkeiten ergeben, aber wir hoffen, daß die Regierung mit einem Reichstag, der der sozialen Gesetzgebung freundlich ist, die augenblicklich schwebenden Fragen lösen kann. (Beifall.)

Abg. **Fischer** (soz.):

Wenn **das Centrum** in der sozialen Gesetzgebung ebenso eifrig wäre wie bei der Zollgesetzgebung, würden wir sicher schon mehr erreicht haben als bisher. Das Centrum ist so einflußlos nicht, wie es versucht, es darzustellen. Herr Hitze ist der Einzige, der vorwärts schreitet. Selbst Herr Hitze meinte aber, die sozialpolitische Gesetzgebung könne jetzt wegen der Depression nicht weiter durchgeführt werden. Das ist die alte Sache: Reformen will man, aber sie sollen nichts kosten. Die Unternehmer in Hamburg haben sich zusammengeschlossen und vereinbart, daß sie nach dem Gewerbegerichtsgesetz zwar vor dem Gewerbegericht erscheinen, aber die Aussage verweigern wollen. Was nutzen denn da die Gesetze! Gerade in der Zeit der Krisis müßte man die Sozialgesetzgebung fortsetzen, weil die Arbeiter am meisten unter der Krisis leiden. Aus den Berichten der Gewerbeinspektoren geht hervor, daß schon jetzt eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit nöthig ist. Wenn man den Normalarbeitstag nicht einführen will, so liegt das an dem mangelnden guten Willen des Reichstages. Die Arbeiten für die Sozialreform geben ein **trauriges und beschämendes Bild**